

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postvertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 162

Freitag, den 17. Juni 1938

Jahrgang 1938

Grundsätze deutscher Handelspolitik.

Deutschland erkennt die Rechtsnachfolge der österreichischen Staatsschulden nicht an

Rede des Reichswirtschaftsministers Funk in Bremen.

Bremen, 16. Juni.

Anlässlich des 400-jährigen Bestehens des „Schüttling“, des historischen Hauses der Bremer Kaufmannschaft, fand heute eine Festigung im Hause Schüttling statt, in der Reichswirtschaftsminister Walter Funk eine Rede über die Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik und das Problem der internationalen Verschuldung hielt. Er ging in diesem Zusammenhang auf die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ein und stellte den Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft die gesunde und stabile Lage der deutschen Wirtschaft gegenüber. Im Anschluss an eine Erörterung der unheilvollen Wirkung politischer Schulden behandelte der Minister die Frage der Rechtsnachfolge der österreichischen Staatsschulden, die er einer eingehenden Untersuchung nach der völkerrechtlichen, der wirtschaftspolitischen und der moralischen Seite hin unterzog. Im einzelnen führte er u. a. folgendes aus:

Die internationalen Erörterungen über die weltwirtschaftlichen Vorgänge und konjunkturellen Entwicklungen zeigen in der letzten Zeit im allgemeinen die gleiche Tendenz, nämlich die Furcht vor einer neuen schweren Krise der Weltwirtschaft. Hierbei treten bemerkenswerterweise zwei Wirtschaftskrisen als ausgeprägte Gegenpole in Erscheinung, nämlich auf der einen Seite die Vereinigten Staaten von Amerika, die geradezu als das Stützpunktzentrum bezeichnet werden, und auf der anderen Seite Deutschland, dessen Wirtschaft dem neuen Konjunkturimpuls bisher einen ungebrochenen Widerstand entgegengeleitet hat.

Samtlich eines allgemeinen Konjunkturrückgangs leidet die Aufschwung der deutschen Wirtschaft unverändert fort.

Diese konträre Entwicklung der beiden Konjunktur-extreme wird am deutlichsten durch die Rohstoffherzeugung bewiesen. Die deutsche Stahlproduktion beginnt die amerikanische Produktion zu überflügeln. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1938 betrug die Rohstoffherzeugung in USA 9,18 Millionen Tonnen, in Deutschland 9,20 Millionen Tonnen. Dabei betrug die deutsche Rohstoffherzeugung noch vor einem Jahre kaum ein Drittel der amerikanischen.

Wenn es noch einer besonders authentischen Bestätigung für die allgemeine Krisenperiode bedürftig hätte, so ist dies durch die Vertagung der englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen erfolgt. Nicht die Hitzewelle oder die Wahnvorstellungen, wie es anfangs hieß, sind die Ursache für diese Vertagung, sondern die Krisenhafte Zuspitzung in der Weltwirtschaft. Da man heute draußen offenbar die Krise noch als ein unentrinnbares Schicksal betrachtet, beziehen die einzelnen Handelspartner ihre Schutzmaßnahmen, um der mit der Krise ausgelassenen verschärften Konkurrenz standhalten zu können.

Was bedeutet nun eigentlich dieser sogenannte „Weltmarkt“, dessen drohende Krise die Gemüter der internationalen Handelsvertragsverhandlungen so sehr in Erregung versetzt? Er bedeutet viel weniger, als man gemeinhin glaubt!

Die gesamten Welthandelsumsätze betrugen 1929, also zur Zeit des höchsten bisher erreichten Standes 284 Milliarden RM. Sie gingen wertmäßig bis auf 105 Milliarden im Jahre 1936 zurück und stiegen 1937 auf 130 Milliarden RM. Demgegenüber betrug der gesamte Weltwirtschaftsumsatz in Deutschland allein im Jahre 1937 nicht weniger als 210 Milliarden RM. Die Exportquote betrug im Jahre 1937 bei Deutschland 8,7 Prozent des Volkseinkommens, bei den Vereinigten Staaten von Amerika nur 5,4 Prozent, bei England 10 Prozent und bei Frankreich 11,4 Prozent. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt deutlich, dass die einzelnen Volkswirtschaften bemüht sind, sich von den Einflüssen des Weltmarktes mehr und mehr unabhängig zu machen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl sie über einen in besonders hohem Maße sehr gut genutzten Binnenmarkt verfügen und der prozentuale Anteil des Außenhandels dort nur sehr gering ist, den Weltmarkt durch ihr potentiell so stark beeinflusst. Die amerikanische Krise ist immer wirtschaftlich begründet. Aber die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten trotz der größten Goldvorräte einen Ausfuhrüberschuss aufweisen und durch ihre Handelspolitik die Weltmärkte dauernd zu beunruhigen vermögen, beleuchtet die ganze Problematik des gegenwärtigen Weltmarktes in besonders trasser Weise.

Das nationalsozialistische Deutschland hat durch seine handelspolitischen Methoden und die Regelung seines Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, an dessen Befestigung wir jetzt arbeiten, sich von diesem Circulus vitiosus der internationalen Konjunkturschwäche und den Einflüssen ausländischer Wirtschaftsmächte und -kräfte soweit als möglich befreit.

Dem Ziel der Wirtschaftsfreiheit dient in erster Linie der Vierjahresplan. Aber diese deutsche Wirtschaftspolitik dient ebenso auch der Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen; denn starke und gesunde Nationalwirtschaften sind eine bessere und stabilere Grundlage für die Weltwirtschaft, als frange, schwache und international abhängige Wirtschaften, von denen dauernd

Beunruhigungen und Störungen des Weltmarktes ausgehen müssen.

Die stärkste Vermirrung des Weltmarktes hat die politische Verschuldung verursacht, die in Verfolgung der Finanzierung des Weltkrieges und der durch das Versailler Diktat ausgelassenen Reparationszahlungen eingetreten ist.

Das Mahnschreiben der amerikanischen Regierung an 13 europäische Nationen wegen der am 15. Juni fällig gemachten Kriegsschuldentrate in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die beispiellose Vergewaltigung der Vernunft und die wirtschaftliche Ordnung der Welt gelenkt, von der die gesamte Menschheit erst dann befreit sein wird, wenn der letzte Schlussstrich unter diesen aus politischer Unvernunft erzeugten wirtschaftlichen Wahnsinn gezogen sein wird.

Durch die politischen Schulden in Gestalt der Reparationen ist Deutschland an den Rand des Verderbens

und um Freiheit und Ehre gebracht worden. Eine politische Schuld wird auch dadurch keine kommerzielle Schuld, dass auf der Gläubigerseite an die Stelle von Staaten private Vermögensbesitzer treten. Die Charakterisierung der Dawes- und Young-Anleihe ist von nationalsozialistischer Seite stets auf das Schärfste bekämpft worden.

Ich muß wiederholt zum Ausdruck bringen, dass das Bestreben des nationalsozialistischen Deutschlands den heutigen Zustand der deutschen Staatsschulden im Ausland nicht vertritt und dass zunächst einmal ein Arrangement erreicht werden muß, bei dem die durch nichts mehr gerechtfertigten Zinssätze von 7 und 5½ v. H. auf einen normalen Stand gesenkt werden. Die Wiederherstellung des deutschen Kreditsehens verlangt die völlige Beilegung dieses Schandflecks, der aus der überhandnehmenden Epoche der deutschen Erniedrigung übrig geblieben ist.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Grundforderungen der Sudetendeutschen: Gerechtigkeit und Selbstverwaltung.

Nationalitätenproblem ist Weltproblem.

Ein Interview Konrad Henleins im „Evening Standard“.

London, 16. Juni.

Henlein hat einem Vertreter des „Evening Standard“ ein Interview gegeben, in dem er zunächst zum Ausdruck bringt, dass er die Forderungen der Sudetendeutschen Partei auf dem Verhandlungsweg durchdrücken wolle. Er sei sicher, dass auch die tschechoslowakischen Politiker einsehen würden, dass Ruhe und Ordnung im tschechoslowakischen Staat nur durch Zuerkennung von Gerechtigkeit und Selbstverwaltung an die Sudetendeutschen wiederhergestellt werden könnten. Bei der Lösung des Problems der tschechoslowakischen Nationalitäten der Tschechoslowakei spielen Umfang, Größe und auch das Siedlungsgebiet der einzelnen Minderheiten eine entscheidende Rolle. Die Sudetendeutschen wollten jedoch mit ihren Forderungen niemanden von dieser Gerechtigkeit ausschließen. Eine Ablehnung der sudetendeutschen Forderungen durch die Prager Regierung würde er, Henlein, als eine sehr unglückliche Entscheidung empfinden. Auf lange Zeit sei kein Staat in der Lage, sich der Stimmung zu widerlegen, dass der Staat auf eine unsichere und gefährliche Zukunft zukauere. Eine weitere Verschlebung der tschechoslowakischen Lage müsse die Zukunft der Tschechoslowakei auf das ernste bedrohen.

Henlein wurde darauf gefragt, ob er im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen entweder an alle Mächte oder an eine Mächtegruppe oder sogar nur eine einzige Macht appellieren würde. Henlein erwiderte darauf, dass das Nationalitätenproblem in der Tschechoslowakei heute ein Weltproblem sei. Niemand könne sich mehr darüber, dass die Beilegung des tschechoslowakischen Problems eine internationale Angelegenheit für den Frieden Europas bedeute. Er habe Grund zu der Annahme, dass die Weltmächte selbst die Initiative ergreifen würden, falls kein Plan zu einer friedlichen Lösung fehlschlagen würde. Er behaupte, dass viele Ausländer noch nicht erkennen, dass die Wurzeln des tschechoslowakischen Problems völlig innerhalb des Landes lagen.

Das Hauptproblem sei die Behandlung der nicht-tschechoslowakischen Nationalitäten. Dieses Problem habe nichts zu tun mit einem Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei. Das deutsche Volk im Reich sei natürlich von dem Kampf der Sudetendeutschen betroffen, denn beide seien ja durch Bande gleicher Rasse, Sprache und Kultur verbunden. Dennoch denke im Reich niemand an Gewaltanwendung. Er, Henlein, sei überzeugt, dass auch das Reich die Erfüllung der sudetendeutschen Forderungen als große Befriedung und ernsthaften Beitrag für die Sicherung des europäischen Friedens ansehen würde.

Als die Wogen der Erregung sich endlich gelegt hatten, konnte die Sitzung wieder aufgenommen werden. Bald darauf wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

250 Flugzeuge monatlich.

Frankreich liefert das Rüstungstempo.

(1) Paris, 16. Juni.

Der französische Luftfahrtminister machte vor dem Luftfahrtministerium der Kammer Angaben über die Erzeugung der Flugzeugherstellung im Flugzeugbau und wies darauf hin, dass das beste französische Jagdflugzeug „Morane 406“ bereits in Serienbau genommen worden sei. Nach vor Ablauf von drei Monaten werde Frankreich mehr als 200 Apparate im Monat herausbringen und ab März nächsten Jahres reihe man mit einem monatlichen Bau von mindestens 250 Apparaten. Die hierfür notwendigen Fabriken seien zum Teil schon in Betrieb genommen und arbeiteten ohne Unterbrechung.

1 1/2 Milliarden Franken für Rotspanien?

Frankösischer Staatsanwalt plädiert für Valencia.

(1) Paris, 16. Juni.

In dem mehrfach in die Länge gezogenen Prozess, den die Valencia-Bolschewisten gegen die Bank von Frankreich wegen der Herausgabe eines Golddepots in Höhe von 1 1/2 Milliarden Franken führen, ergab am Mittwoch der französische Staatsanwalt das Wort und machte die sehr erstaunliche Feststellung, dass es nur eine Bank von Spanien gebe und zwar die, die ihren Sitz in Valencia habe. Die französische Regierung habe die nationalspanische Regierung nicht anerkannt und deshalb könne man auch dem Bestehen der Bank von Spanien mit dem Sitz in Burgos nicht Rechnung tragen. Obwohl die Bank von Spanien mit dem Sitz in Burgos 40 000 Aktionäre zähle, während die Bank in Valencia nur 5000 Aktionäre zähle, und obgleich Franco ein Gebiet beherrsche, in dem 60 Millionen Spanier leben, während in Spanien nur drei solcher Millionen befinde, sprach sich der Staatsanwalt für eine Herausgabe des Goldes an die spanischen Bolschewisten aus! Der Gerichtshof wird sein Urteil in 14 Tagen bekannt geben.

Wüster Skandal in der Pariser Kammer.

Die Sitzung aufgeflogen.

Blutige Schlägerei in den Wandelgängen.

(1) Paris, 16. Juni.

In der französischen Kammer kam es am Donnerstagmorgen erneut zu förmlichen Lärmereien, so dass sich der Kammerpräsident veranlasst sah, die Sitzung aufzugeben.

Der rechtsgerichtete Abgeordnete Tixier Vignancour, dem der wiederholte Verlust der Kommunisten, die Spanienpolitik zur Sprache zu bringen, auf die Dauer zu bumm vorant, stellte schließlich den Antrag, das Thema Freitag zu behandeln. Er erklärte, die Aussprache sei um so notwendiger, als er im Besitz von Berichten von französischer Seite über die Zerschlagung von zwei französischen Gemeinden durch Truppen der 43. russischen Division sei. Die Kommunisten brüllten: „Es handelt sich um Berichte aus Burgos!“ Vignancour antwortete: „Ihre Berichte kommen aus Moskau!“ Der Bericht, auf den ich mich berufe, ist von französischen Offizieren geschrieben worden.“ Es kam zu erneuten Lärmereien.

Kammerpräsident Herriot hatte inzwischen die Zuschauertribünen und die Pressetribüne räumen lassen. Vergeblich rief er den taumelnden Abgeordneten zur Ordnung. Auf seine Erklärung: „Ihre Worte sind furchtbar überhöht, Ihre Gedanken hinausgegangen, bemerkt Vignancour höhnisch: „Nein, nein, er hat ja keine Gedanken!“ Der Lärm steigerte sich derart, dass man in dem allgemeinen Durcheinander kaum noch ein Wort verstehen konnte. Die Lärmereien erreichten ihren Höhepunkt, als von rechts die Rufe erklangen: „Marin, Marin!“ (Marin ist der kommunistische Abgeordnete, der sich seit langem in Rotspanien herumdrückt, als gewissener Anreißer der französischen Freiwilligen hervortritt und als roter Henker einen berühmten Namen gemacht hat. Die Schriftleitung.) Die Kommunisten aber brüllten: „Es lebe Marin!“ Es gelang Herriot nicht, die Ruhe wieder herzustellen und er mußte die Sitzung aufheben.

In den Wandelgängen kam es sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und einer kleineren Gruppe von rechtsgerichteten Abgeordneten. Der Abgeordnete Claubert erhielt von einem Kommunisten durch einen Schlag eine blutende Wunde über dem Auge. Zwei andere rechtsgerichtete Abgeordnete wurden von den Kommunisten gleichfalls erheblich bedrängt.

Das englisch-amerikanische Verhältnis.

(Von unserem Berichterstatter.)

Das englisch-amerikanische Verhältnis wurde in den letzten Wochen durch zwei bemerkenswerte Ereignisse eigenartig beleuchtet. Die Wahl eines intimen Mitarbeiters des Präsidenten Roosevelt an Stelle des Engländers Butler in das Internationale Arbeitsamt und die überaus glückliche Verhandlung der englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen. Unter dem Berichterstatter in New York gibt einen interessanten Überblick über die Ursachen, die zu der Spannung zwischen den beiden anglosächsischen Ländern geführt haben. Die Schriftleitung.

E. A. H. New York, Anfang Juni 1938.

Das amerikanisch-englische Verhältnis hat in den letzten Monaten nicht so herzlich gekostet, wie es vielleicht nach außen hin den Anschein hatte, ist kein Geheimnis mehr. Eine merkwürdige Wühlung begann mit dem Austritt Anthony Edens und der damit verbundenen Neuorientierung der englischen Außenpolitik. Sowohl Präsident Roosevelt wie Außenminister Hull hatten auch heute noch am Prinzip der kollektiven Sicherheit fest, wenn sie auch schweren Herzens Chamberlain freie Hand geben mußten, Englands Probleme in Europa auf einer etwas realistischen Grundlage unabhängig von den USA zu lösen. Roosevelt drückte sogar in einer formellen Erklärung am 19. April sein „sympathisches Interesse“ am englisch-italienischen Abkommen aus, und vor kurzem weigerte sich die Bundesregierung, eine im Senat eingereichte Entschließung zur Aufhebung der Waffenbeschränkung gegen Spanien zu beschließen, weil dies angeblich der britischen Außenpolitik als ein unfreundlicher Akt hätte ausgelegt werden können. Das will jedoch keineswegs heißen, dass Roosevelt oder Hull die Politik Chamberlains ablehnen.

Man erzählt sich in Washington — ob zu Recht können wir nicht feststellen — dass Roosevelt die Erklärung vom 19. April auf Veranlassung seines Unterstaatssekretärs Sumner Welles abgab, der ein persönlicher Freund Chamberlains ist und im Staatsdepartement den gemäßigten, Deutschland etwas freundlicher gesinnten Flügel vertritt. Im Grunde ihres Herzens empfinden viele maßgebende politische Persönlichkeiten dieses Landes die Chamberlain'sche Politik, wie sie in dem Abkommen mit Italien zum Ausdruck kam, als einen Verrat an der demokratischen Einheitsfront und des hier so tief verwurzelten Gedankens der ungeteilten anglosächsischen Weltbereitschaft. Mit Eden dagegen verband die Amerikaner ein Band herzlicher Sympathie und engsten ideologischen Einverständnisses. Wer über die wahren Gefühle von Amerikas führenden Männern noch im Zweifel war, dürfte durch die Reden des Kriegsministers Woodruff, seines Stellvertreters Johnson, des Innenministers Cates und anderer eines besseren belehrt worden sein. Man hält sich in Washington derzeit streng an die traditionelle Hands-Off-Politik, nachdem Roosevelts Bemerkungen, die „Angelegenheiten“ unter Quarantäne zu stellen, in den Anfängen stehen geblieben sind, aber eine gewisse Erbitterung darüber, dass England sich mit den „bösen, unmoralischen Faschisten und Nazis“ einläßt, bleibt zurück. Diese Erbitterung wuchs noch, als Chamberlain die Erklärung vom 19. April dazu benutzte, keine Politik in einer Unterhausdebatte zu verteidigen. Im Staatsdepartement war man, wie offiziell dazu bemerkt wurde, der Meinung, dass dies „unfair“ gehandelt war, da Roosevelt seine Erklärung aus Anstand, nicht aus Sympathie abgegeben habe!

Zu diesen Meinungsverschiedenheiten gesellen sich andere, vornehmlich über die Behandlung der mexikanischen Delinquenz, über das Belästigen gewisser Inseln im Stillen Ozean und schließlich Unklarheiten zwischen den englischen und amerikanischen Admiralfleets. Die Inseln Canton und Enderburg haben sich zu einem lästigen Reibungspunkt zwischen England und Amerika entwickelt. England verliert jetzt, seine schon früher angemeldeten Besitzansprüche auf die Inseln gegen Landungsrechte für britische Flugzeuge auf Hawaii einzubringen. Ohne Verhandlungsmöglichkeiten in Hawaii kann Großbritannien einen Flugverkehr zwischen Britisch-Kolumbien und Australien, der einen Teil der geplanten britischen Luftlinie um die ganze Welt bilden soll, nicht verwirklichen. Eine solche Luftlinie würde natürlich in unmittelbarem Wettbewerb mit dem Panamerikanischen Airways-Klumpen treten. Als die Frage des Eigentumsrechtes von Canton und Enderburg vor einem Jahr zum ersten Mal aufgeworfen wurde, einigte man sich zwischen Washington und London darauf, dass keine der beiden Parteien die Inseln besetzen sollte, das das Völkerrecht nicht auf dem Verhandlungswege geklärt war. Aber als ein Regierungsbuch letztes Jahr die Cantoninsel veröffentlichte, mußte es die unfehlbare Entdeckung machen, dass eine Gesellschaft von Neuseeländern bereits von ihr Besitz ergriffen hatte. Daraufhin entluden die Amerikaner sofort eigene Leute, die neben der englischen die amerikanische Flagge aufzogen. Die Engländer behaupteten nachher, die Neuseeländer hätten die Insel auf eigene Faust besetzt.

